

Griechenland: Reparationsforderung bevor Deutschland pleite ist



Von DER ANALYST | „Lockdown“ – „Lockdown light“ – „Wellenbrecherlockdown“ – „Bundeslockdown“ – „Brückenlockdown“. Was haben diese Begriffe gemeinsam? Ganz einfach: Sie bedeuten, dass Deutschland in naher Zukunft Pleite sein wird, weil die staatlichen Zwangsmaßnahmen den Mittelstand und die Kleinbetriebe kaputt gemacht haben. Um die Großen, zum Beispiel die Autoindustrie, „kümmert“ sich derzeit eine grüne Politik im schwarz-roten Gewand.

Diese düsteren Aussichten für die Zukunft Deutschlands erkennen offenbar auch die Griechen und beeilen sich, ihre bereits im Juni 2019 unter dem linken Ministerpräsidenten Alexis Tsipras gestellten Reparationsforderungen an Deutschland zu erneuern, solange noch etwas zu holen ist. Sage und schreibe 80 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Griechenland im Zweiten Weltkrieg hat also die Regierung in Athen ihre Forderung nach Verhandlungen über Reparationen für die verursachten Kriegsschäden bekräftigt.

Eine Kommission staatlicher griechischer Juristen hatte erstmals im Frühjahr 2013 die Reparationsfrage geprüft.

Zahlen macht Friede

Der Sprecher des griechischen Außenministeriums, Alexandros Gennimatas, erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur:

„Die Frage bleibt offen bis zur Erfüllung unserer Forderungen. Diese Forderungen sind gültig und aktiv und sie werden mit jedem Mittel geltend gemacht. Verhandlungen würden sehr positiv zur weiteren Förderung der griechisch-deutschen Beziehungen beitragen.“

Angesichts der griechischen Forderung, die sich auf mindestens 289 Milliarden Euro beläuft, ist diese Aussage der griechischen Seite gut nachvollziehbar. Sie führt auch vor Augen, welche ein harmonischer Verbund von eng befreundeten Staaten die Europäische Union doch ist.

Gute Analyse von Petr Bystron

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, machte in seinem Redebeitrag zum Thema (siehe Beitragsvideo) keinen Hehl daraus, dass er in Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer damaligen „Rettungspolitik“ die Hauptverantwortliche für das Verhalten Griechenlands sieht. Zudem liefert er auf seiner Facebook-Seite eine treffende Analyse der griechischen Forderung:

„Die Griechen wollen von uns ca. 300 Mrd. Euro. Angeblich als Reparationen für den zweiten Weltkrieg. Komisch nur, dass sie auf die Idee erst 2013 gekommen sind, nachdem sie gemerkt haben, dass die ganzen sogenannten ‚Griechenland-Rettungspakete‘ gar nicht bei ihnen ankommen, sondern in die Taschen der ausländischen Banken fließen. Und komisch, dass die Höhe der angeblichen ‚Reparationen‘ fast gleich wie die Schulden Griechenlands sind.“